



Ich und der U-Bootkrieg

Vollständiger

Titel: Ich und der U-Bootkrieg: ein Wort der Abwehr

PPN: PPN718818261

PURL: <http://resolver.staatsbibliothek-berlin.de/SBB0000923200000000>

Erscheinungsjahr: 1917

Signatur: Krieg 1914/21757<a>

Kategorie(n): Krieg 1914-1918, Historische Drucke

Projekt: Europeana Collections 1914-1918

Strukturtyp: Monografie

Seiten (gesamt): 13

Seiten (ausgewählt): 1-13

Lizenz: Public Domain

Ich und der U-Bootkrieg

Ein Wort der Abwehr

Von

Julian Borchardt

Nachdruck gestattet

Inhalt:

Zur Einleitung	Seite 1
Ich und der U-Bootkrieg	„ 1
Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie	„ 5

Berlin-Vichterfelde W., Mai 1917

Selbstverlag des Verfassers

Preis für den Buchhandel 10 Pfg.

King 1914 - 21757^a

Lehn. 558



7
h

№ 267

Franz Krüger
übernommen
v. d. Best.
Cöpenick-Uhlenhorst,
Mahlsdorferstrasse 101.

Zur Einleitung.

Zeit mehr als zwei Monaten werde ich in einem Teil der sozialdemokratischen Presse auf die ungenierteste Weise angegriffen, und neuerdings werden die Angriffe auch von der bürgerlichen Presse übernommen. Kein Wunder! Die letztere kann ja nicht wissen, daß ich seit vielen Wochen die äußersten Anstrengungen gemacht habe, um in den Blättern, die mich angegriffen haben, auch einmal zur Entgegnung das Wort zu bekommen, daß diese aber unter allerlei Vorwänden meiner Erwiderung die Aufnahme verweigern.

Deshalb wende ich mich jetzt direkt an die Öffentlichkeit. Vielleicht finden sich doch einige Zeitungen in Deutschland, die aus Empörung über den Mißbrauch der Presse wie auch aus Interesse am Gegenstand selbst die nachfolgenden Darlegungen zur Kenntnis ihrer Leser bringen.

* * *

Ich und der U-Bootkrieg.

Es ist doch merkwürdig, wie schwer die Toleranz ist! Ich habe ja gar nichts dagegen, daß man mich bekämpft. Mag man das Buch, das ich empfohlen, und das Geleitwort, das ich geschrieben habe, kritisieren, so scharf man will — das ist jedermanns gutes Recht. Aber weshalb bleibt man nicht bei der Wahrheit? Da ist z. B. der Bericht über die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow vom 1. April, der in der Leipziger Volkszeitung erschienen ist und der deutschen Presse in Nord und Süd, in Ost und West den Anlaß zu Verunglimpfungen meiner Person gegeben hat. Wenn es wirklich wahr wäre, daß die Generalversammlung mich meines Amtes enthoben oder gar — wie einzelne Blätter behaupten — mich ausgeschlossen hätte, ich würde wahrhaftig nicht daran sterben. Ich würde auch daraus unversehrt hervorgehen und derselbe bleiben, der ich war. Aber es ist nicht wahr! Weshalb denn einen so falschen Bericht verbreiten? Weshalb der Versammlung den Mafel anhängen, daß sie sich zum Richter aufgeworfen habe über Dinge, die mit meiner Amtsführung im Kreisvorstande nicht zusammenhängen? Der Antrag, der meine Amtsentsetzung wollte, ist gar nicht zur Abstimmung gebracht worden. Sondern die von etwa 60 Genossen besuchte Versammlung hat — unter Stimmenthaltung der meisten — sich dahin entschieden, daß

mein Geleitwort eine für die Opposition schädliche Tat gewesen sei. Weiter nichts. Wer hat nun ein Interesse daran gehabt, diesen einfachen und schlichten Tatbestand so ganz anders in die Dessenlichkeit zu bringen? Aus einer einfachen Meinungsäußerung der Versammlung eine Ehrlos-Erklärung zu machen?

Da ist weiter die Geschichte mit den hohen Geldangeboten und dem hohen Honorar. Wenn es wirklich wahr wäre, daß anderen Leuten hohe Geldangebote gemacht worden, so würde mich das ja gar nichts angehen. Aber es ist nicht wahr. Ich habe Originalbriefe von Engelbert, Graf, Vogtherr, Henke, Edward Bernstein in Händen gehabt, dazu kenne ich eine mündliche Äußerung von Dittmann, die alle zusammen beweisen, daß ihnen — gleichwie mir — überhaupt gar keine Geldangebote gemacht worden sind.

Also noch einmal: warum nicht bei der Wahrheit bleiben? Muß man nicht fast auf den Gedanken kommen, daß denen, die mich angreifen, der einfache wahre Tatbestand selbst keine genügende Unterlage für ihren Feldzug gegen mich zu bieten scheint?

Ich denke, wenn man streiten will, soll man ehrlich streiten. Wenn man das, was ich getan habe, verurteilen will, soll man sich an das halten, was ich wirklich getan habe, und nichts anderes statt dessen unterschieben.

Was habe ich denn nun aber getan? Das wissen die allermeisten natürlich nicht, weil sie davon durch all die unwahren Neben- dinge abgelenkt worden sind. Deshalb will ich es sagen.

Ich habe aufgefördert, ein Buch zu lesen, das den schärfsten U-Bootskrieg empfiehlt. Wer das kritisieren will, der sollte doch hieran Stoff genug zur Kritik finden, und sollte nicht den Anschein erwecken, als wenn ich den U-Bootskrieg empfohlen hätte. Das habe ich nämlich nicht getan. Ich habe in dem Geleitwort nicht eine Silbe geschrieben, die mit meinen stets geäußerten Ansichten in Widerspruch stände. Ich habe nicht um- gelernt, in dem Geleitwort so wenig wie sonst irgendwo. Ich bin auch dort derselbe geblieben, der ich vor dem Kriege war und der ich seit Beginn des Krieges unter den schwersten Umständen stets gewesen bin. Ich empfehle den U-Bootskrieg nicht, weil ich als Sozialdemokrat gegen jede Form des Krieges bin; weil ich es für einen Verstoß gegen die wichtigsten Grundsätze des Sozialismus halte, für irgendeine Form des Krieges einzutreten.

Wer aber gegen jede Form des Krieges ist, wie darf der eine Empfehlung des U-Bootskrieges unterstützen? — In einer Erklärung (die freilich von der Presse der sozialdemokratischen Parteien nicht aufgenommen worden ist) habe ich darauf hingewiesen, daß die Empfehlung, ein Buch zu lesen, nicht eine Gutheißenung der darin vorgetragenen Ansichten bedeutet, sondern nur eine Aufforderung, sie kennen zu lernen und sich ein eigenes Urteil über sie zu bilden. Gerade das erscheint mir bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Sozialdemokratie sehr wichtig, weil ich als deren Grundübel die Unselbständigkeit der geführten Massen ansehe, deren Mangel an eigenem Urteil. Aber die Sache verdient, noch von einer anderen Seite her beleuchtet zu werden.

Seit einiger Zeit ist es bei den Sozialdemokraten — und zwar bei der alten wie bei der neuen Partei — zu einer Selbstver-

ständlichsheit geworden, bei der Erwähnung des U-Boostkrieges erregt in die Höhe zu fahren und in der heftigsten Weise dagegen zu protestieren. Das gehört sozusagen zum sozialdemokratischen „guten Ton“, zu einem der Merkmale, woran man den „guten“ Sozialdemokraten erkennt. Nun gestehe ich offen, daß mir solch Schlagworte-Sozialismus von jeher höchst unsympathisch gewesen ist. Früher war's ebenso mit den Worten Anarchist, Anarchosozialist, Antiparlamentarier usw. Ich bin weder Anarchist noch Anarchosozialist noch Antiparlamentarier; aber ich habe nie einzusehen vermocht, weshalb man kein guter Sozialdemokrat sein sollte, wenn man auch diesen gegenüber sich die ruhige vorurteilslose Prüfung und das eigene Urteil vorbehält. Ebenso ist es jetzt mit dem Schlagwort vom U-Boostkrieg.

Es liegt dabei folgender Gedankengang zugrunde: indem die deutsche Regierung zum verschärften U-Boostkrieg griff, hat sie ihre Gegner angegriffelt, nun auch ihrerseits neue, noch schärfere Mittel zur Anwendung zu bringen. So wird auf jeden Trumpf von der einen Seite ein weiterer Trumpf von der anderen Seite gesetzt, und der Krieg wird ins Unendliche verlängert.

Diesen Gedankengang halte ich, so hart es klingt, für höchst oberflächlich. Er zieht wirklich nur das Alleräußerlichste der Dinge in Berechnung.

Man kann als Sozialdemokrat, wie ich es tue, sagen: ich bin gegen den Krieg in jeder Form, ob er nun als U-Boostkrieg oder sonstwie geführt werde. Dann liegt aber gar kein Grund vor, sich gerade wegen des U-Boostkrieges besonders aufzuregen. Schon deshalb nicht, weil darin eine stillschweigende Gutheißung der übrigen Kriegsmittel liegt. Darüber muß man sich doch klar sein: sobald man den U-Boostkrieg als der Schreden schrecklichsten hinstellt und alles aufbietet, um gerade ihn zu verhindern, so liegt darin, daß man die Granaten, die Stinbomden, die feuerwerfenden Lustschiffe usw. für weniger unmenschlich hält. Es liegt darin, daß die Menschheit erleichtert aufatmen könnte, wenn es gelänge, den Krieg „nur“ mit jenen zuletzt genannten Mitteln zu führen. Solche Abstufung kann es für den Sozialdemokraten nicht geben. Man kann nur für oder gegen den Krieg überhaupt sein. Ich bin gegen ihn, und wenn ich ihn nicht verhindern kann, so danke ich nicht daran, mich in die Wahl der Kampfmittel zu mischen und durch Verwerfung des einen die Verantwortung für die anderen mit zu übernehmen. Das überlasse ich denen, die den Krieg führen.

Mit dieser Auffassung stehe ich aber in der deutschen Sozialdemokratie fast ganz allein. Nur die bis jetzt sehr kleine Gruppe der Internationalen Sozialisten Deutschlands stimmen darin mit mir überein. Alle anderen haben diesen grundsätzlichen Standpunkt verlassen, und zwar ebensowohl die neue wie die alte Partei. Denn auch die Männer der neuen Partei haben sich bei jeder Gelegenheit für den Verteidigungskrieg erklärt, und einen andern als den Verteidigungskrieg gibt es heute nicht. Alle am Kriege beteiligten Staaten verteidigen ihre kapitalistischen Interessen.

Hat man so den prinzipiellen Standpunkt gewechselt, so mag es einen Sinn haben, sich um die Art der Kriegführung zu kümmern, vielleicht in der Hoffnung, auf schnelleren Friedensschluß hinwirken

zu können. Aber dann ist es erst recht nötig, sich die Möglichkeiten, den Frieden zu beschleunigen, allseitig und ohne Vorurteil genau anzusehen; dann muß man sich erst recht vor Schlagworten hüten. Mit einem Wort: dann muß man erst recht die Gründe, die für den U-Bootkrieg vorgebracht werden, ebenso sorgsam prüfen, wie die Gründe gegen ihn.

Dann aber sollte eins doch klar sein. Die Hoffnung, daß der Verzicht auf den U-Bootkrieg zum schnellen Frieden führen könnte, hätte doch nur dann einen Sinn, wenn die maßgebenden Kreise in Deutschland aus Männern beständen, die ohne den U-Bootkrieg sofort und unter allen Umständen zum Friedensschluß geneigt wären. Das trifft doch aber nicht zu. Wird die deutsche Regierung durch irgendeinen Grund — sagen wir einmal durch die moralischen Bedenken der sozialdemokratischen Parteien — am U-Bootkrieg gehindert, dann wird sie eben den Krieg mit den anderen Waffen weiterführen, deren „Menschlichkeit“ uns jeder Tag vor Augen führt. An dieser Tatsache wird doch wohl kein vernünftiger Mensch zweifeln.

Und nun sagen die Befürworter des U-Bootkrieges (bitte nicht verwechseln: nicht ich sage das, sondern die Befürworter des U-Bootkrieges): dadurch würde der Krieg ins Unendliche verlängert werden. Die englische Regierung führt den Krieg weiter nicht in der Hoffnung auf ihren militärischen Sieg, sondern auf wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands. Solch Zusammenbruch aber, selbst wenn er kommt, dauert furchtbar lange. Es ist die Jahre lang sich hinziehende schrittweise Erschöpfung ganzer Völker. Dem läßt sich nur vorbeugen, wenn es gelingt, durch den U-Bootkrieg mit seiner Absperrung der Zufuhren England in die Gefahr des gleichen wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu bringen. Die englische Regierung, die ja rechnen kann, wird nicht so lange warten, bis sie etwa in die Gefahr gerät, noch eher als die deutsche zusammenzubrochen; sondern sobald sie sieht, daß die Aussichten dazu ungefähr gleich stehen, wird sie Frieden schließen.

Und weiter sagen sie (nicht ich, bitte!); jeder Tag des Stellungskrieges, ohne Sturmangriffe und Schlachten, kostet auf allen Fronten mindestens 3000 bis 4000 Menschen das Leben. Das macht im Jahr weit über eine Million Opfer. Der U-Bootkrieg erfordert im höchsten Falle ein ganzes Jahr lang ein paar tausend Opfer. Wenn es gelänge, durch ihn den Krieg auch nur um einige Tage abzukürzen, wäre es nicht der Mühe wert gewesen?

Noch einmal muß ich bitten, nicht zu verwechseln. Das alles sind nicht meine Gedankengänge. Ich bin grundsatztreuer Sozialdemokrat und verwerfe den Krieg in jeder Form. Wenn aber doch die Partei in ihrer Gesamtheit sich anders entschieden hat, wenn sie für den Verteidigungskrieg eintritt, ist es dann ein Verbrechen, daß ich die Genossen auffordere, anstatt bei der Erwähnung des U-Bootkrieges blindwütig aus der Haut zu fahren, vielmehr auch diese Gründe kennen zu lernen und zu prüfen, ehe sie sich ein Urteil bilden? Habe ich dadurch meine Ueberzeugung als Sozialist verleugnet?

Berlin-Nichterfelde, 6. Mai 1917.

Hedwigstr. 1.

Julian Borchardt.

Zu Karl Erdmann's Buch über England und die Sozialdemokratie.

Der nach London-Erklärung die bereits vom 12. März datierte, die Aufnahme in einer Zeitung der sozialdemokratischen Parteien zu verschaffen, ist mir nicht gelungen. Nur in der Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ ist sie — auch erst am 15. April — erschienen, jedoch durch Druckfehler arg verstimmt und entstellt.

Zu einem Buch, das andere Ansichten vorträgt als die meinigen, habe ich mir erlaubt, ein Geleittwort zu schreiben und es zu empfehlen, zu dem Zweck, ihm Leser auch in solchen Kreisen zu verschaffen, die auf meinen Namen etwas geben und das Buch sonst vielleicht nicht beachtet haben würden. Darob sind in der Öffentlichkeit die wühesten Angriffe gegen mich gerichtet worden. Der ehrenwerte Vorwärts kann sich die Sache natürlich auf keine andere Weise erklären, als daß ich bestochen sein muß. Das würde mich in meiner Ruhe nicht stören, denn ich weiß seit Jahren, daß es für einen anständigen Menschen eine Ehre ist, vom Vorwärts wie überhaupt von den offiziellen Instanzen der ehemals sozialdemokratischen Partei mit Dreck beworfen zu werden. Aber auch sonst hat manch einer den Kopf dazu geschüttelt. Zwar, daß ich mich wirklich verkauft hätte, glaubt kein Mensch, auch die nicht, die so tun, als ob sie es glaubten. Und es fällt mir nicht ein, mich gegen einen solchen Vorwurf zu verteidigen. Das wäre unter meiner Würde. Aber viele, die es gut mit der Sache meinen, werden sich mein Tun nicht erklären können, und es ist mir deshalb ein Bedürfnis, meine Gründe öffentlich darzulegen. Ich hoffe dabei manchem etwas zu sagen, woran er vielleicht noch nie gedacht hat.

Ueber den Ort, wo ein Sozialdemokrat etwas veröffentlichten darf, haben früher mehrere Parteitage Beschlüsse gefaßt. Ich habe solche Beschlüsse stets für überflüssig gehalten. Denn ich sagte mir, wem die Sache heilig ist, der wird von selbst darauf achten, sie in keiner Weise zu schädigen, sondern immer zu fördern. Ich habe an und für sich nie etwas dagegen einzuwenden gehabt, daß ein Sozialdemokrat nicht nur im Berliner Tageblatt, sondern auch in der Kreuzzeitung und wo es ihm sonst beliebt, schreiben darf, vorausgesetzt, daß er stets sozialdemokratisch schreibt. Nur weil es mir sicher war, daß solche Blätter doch niemals etwas Sozialdemokratisches aufnehmen würden, daß also der Ort einen Zwang ausüben müsse auf den Inhalt des Schreibens, habe ich mich Jahrzehnte lang sorgsam von der Mitarbeit an nichtsozialdemokratischen Organen ferngehalten. Was aber ist dabei herausgekommen? Die Herren von der anderen Seite haben ungeniert und unbefümmert um Parteitagebeschlüsse für sich und ihre Sache durch Benutzung der bürgerlichen Presse eine ungeheure Reklame gemacht, und wir sind ins Hintertreffen gekommen. Es ist dies mit ein Grund dafür, daß sie heute die Macht haben, die Opposition aus der Partei zu drängen

und alle Einrichtungen der Partei in ihren Händen zu behalten. Ich habe aus diesen Vorgängen gelernt und lasse mir heute über den Ort, wo ich schreiben und reden darf, keine Vorschriften mehr machen. Ich schreibe und rede überall, wo ich zu Worte kommen kann, unter der einzigen Voraussetzung, daß man mich schreiben und reden läßt, was ich will. Das ist hier der Fall gewesen, und damit ist die Frage, ob ich an dieser Stelle etwas schreiben durfte, erledigt. Wer aber deswegen doch noch Bedenken haben sollte, den fordere ich auf, sich erst einmal mit dem Genossen Eduard Bernstein auseinanderzusetzen, der viele Jahre lang regelmäßiger Mitarbeiter des Berliner Tageblattes gewesen ist und darum doch heute zu den Führern der Opposition zählt.

Für mich kommt es darauf an, was ich geschrieben habe. Und es ist noch niemand aufgetreten, der zu behaupten gewagt hätte, daß in dem Geleitwort irgend etwas im Widerspruch stände mit meinen allgemein bekannten Ansichten, wie ich sie immer vertreten habe. Ich habe auch hier nicht umgelernt, sondern habe deutlich betont, daß meine Ansichten von denen des Verfassers in vielem wesentlich abweichen und daß ich speziell seinem Urteil über England und über den U-Bootskrieg nicht beistimme.

Wenn ich aber diese Ansichten Karl Erdmanns nicht teile, wenn ich die Aufforderung zum verschärften U-Bootskrieg nicht mitmachen will, wie durfte ich dann seinem Buch zu einer weiteren Verbreitung verhelfen? Das ist die eigentliche Sünde, die man mir vorwirft, und hierauf will ich antworten.

Einnmal stehen in dem Buch denn doch noch eine ganze Menge anderer Dinge. Vor allem die ausgezeichnete Abfertigung des treulosen Umfalls der Sozialdemokratie in den meisten beteiligten Ländern. Dies kann, meine ich, den Volksmassen gar nicht oft und gar nicht deutlich genug gezeigt werden. Sodann ist Erdmann allerdings für den verschärften U-Bootskrieg, aber doch wahrhaftig nicht um des Krieges willen, sondern um des Friedens willen! Er hofft, dadurch den Krieg abzukürzen, schneller zum Frieden zu gelangen.

Was hierauf zu erwidern, weiß ich so gut wie einer und denke nicht damit hinter dem Berge zu halten. Nach meiner Auffassung darf sich ein Sozialdemokrat für keine Form des Krieges ins Zeug legen, und zwar aus Gründen des Sozialismus. Denn in jeder Form des Krieges sind es Proletarier aus den verschiedenen Ländern, die gegeneinander geführt werden; Proletarier sind es, die sich gegenseitig abschlachten, und der Haß der Nationen, der aus dem Kriege geboren wird, wütet am meisten zwischen den Proletariern. So wird selbst für späterhin die Völkerverbrüderung erschwert und auf lange hinaus verhindert. Und ob die größere Anstrengung auf der einen Seite zum schnelleren Frieden führt oder nicht vielleicht zu entsprechend größerer Anstrengung auf der anderen Seite und dadurch zur Verlängerung des Krieges und zur Vergrößerung des Hasses, das ist mir zum mindesten sehr zweifelhaft.

Das ist es, was auf Erdmanns Ausführungen zu antworten wäre. Wer aber so denkt, der muß dann jede direkte wie indirekte Beihilfe zur Kriegsführung ablehnen (zum allermindesten jede, die über das Maß dessen hinausgeht, wozu man ihn zwingt, wie etwa

zum Militärdienst und zur Munitionsarbeit). Nur wenn man die Dinge so betrachtet, kann man zwar nicht mir, wohl aber dem Genossen Erdmann einen Vorwurf aus dem machen, was er geschrieben hat. Wer aber die Dinge so betrachtet, was sagt denn der zu den Haase, Ledebour und Genossen, die drei- oder viermal Kriegskredite bewilligt haben? Und die auch seither die Kredite nicht aus Grundsatz ablehnen, sondern aus Zweckmäßigkeitsgründen (siehe ihre Erklärung im Reichstag am 21. Dezember 1915 und ihre Broschüre über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft). Der grundsätzliche Standpunkt war zerrissen in dem Augenblick, als nicht die Helne und David, von denen niemand etwas anderes erwartet hatte — sondern die Männer der heutigen Arbeitsgemeinschaft Kriegskredite bewilligten. Und nun soll ich es dem Genossen Erdmann als Verbrechen ankreiden, wenn er sagt: der grundsätzliche Standpunkt ist einmal ausgegeben, Beihilfe zum Kriege hat die Sozialdemokratie einschließlich der Arbeitsgemeinschaft nun einmal geleistet, nun wollen wir sehen, ob nicht durch schärfste Anspannung der einmal entseelten Kräfte das Unglück schneller beseitigt werden kann! Seine Schlussfolgerung widerspricht dem sozialistischen Prinzip um nichts mehr, als die — zur Tat gewordenen — Schlussfolgerungen der Haase und Ledebour. Ja, ich möchte auch das noch hinzufügen: so wenig ein Sozialdemokrat nach meiner Meinung für irgendeine Form des Krieges eintreten darf, so wenig hat die Ablehnung des U-Bootkrieges mit Sozialismus zu tun. Wenn ich die guten Leute jetzt die Verantwortung für den U-Bootkrieg ablehnen oder darüber jammern höre, so habe ich stets den Eindruck, daß sie ihre eigenen Gewissensbisse übertönen wollen. Sie haben einmal gegen das sozialistische Prinzip gesündigt, aber nun möchten sie es wenigstens nicht „allzu sehr“ getan haben. Dem Beginn des Krieges haben sie ihren Segen erteilt, vor den notwendigen Folgen möchten sie ihre Hände in Unschuld waschen.

Aber wird denn nicht durch eine solche Empfehlung, wie ich sie geschrieben, „Verwirrung gestiftet“? Müßte ich nicht voraussehen, daß sie „gegen die Opposition ausgeschlachtet“ werden würde? — Hier kommen wir an den Punkt, durch den ich mich von der ganzen übrigen Opposition unterscheide.

Wenn heute der Graf Reventlow zu mir käme und mich bäte, ihm zu helfen, daß er seine Ansichten den Leuten, die zu mir Vertrauen haben, selbst vortragen kann, dann ist sie so zu hören kriegen, wie er selbst sie ihnen sagen will — schriftlich oder mündlich — und nicht bloß in der Form verstümmelter Berichte, ich würde seine Bitte auf der Stelle erfüllen. Das würde ich schlechtthin für demokratische Pflicht ansehen. Und ich würde meine Hilfe nicht davon abhängig machen, daß er statt seiner Ansichten etwa meine vorträgt. Ein für allemal: Ich schreibe und rede für denkende Menschen. Ich will nicht, daß die Leute eine Ansicht deshalb annehmen oder ablehnen, weil ich sie ihnen empfehle oder widerrate; ich will also nicht, daß sie mir nachbeten sollen. Sondern sie sollen sich selbst ein Urteil bilden. Dazu aber müssen sie die verschiedenen Ansichten kennen lernen und zwar am besten in der Fassung ihrer Urheber selbst. Die sozialdemokratische Agitation vor dem Kriege war aber zum größten Teil aufs Nachbeten eingestellt, und wer

heute aus der Empfehlung eines Buches, das andere Ansichten enthält, „Verwirrung“ befürchtet, der stellt seine Agitation auch wieder aufs Nachbeten ein. Das mache ich nicht mit, denn darin sehe ich gerade den Grund des täglichen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie. Mit Ingrimme denke ich noch heute daran, wie hier gesündigt worden ist. So hat z. B. im Frühjahr 1913 der Vorwärts die Schrift des Oberleutnants Frobenius „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“ in höchst wegwerfender Weise kritisiert, so daß ich in den Glauben verfiel, es handle sich um eine tendenziöse Sudelei, die zu lesen sich nicht lohne. Wie war ich erstaunt, als ich nach Kriegsausbruch die Schrift vornahm und eine gründliche, sorgfältige, in jeder Hinsicht ausgezeichnete Arbeit vorfand, die nur den einen Fehler hatte, Ansichten vorzutragen, die der Vorwärts — und ich mit ihm — für falsch hielt! Der Vorwärts hatte mich also hinteres Licht geführt. Warum? Weil er es verhindern wollte, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei das Buch lesen, weil er „Verwirrung“ fürchtete. Ich dagegen will, daß die Sozialdemokraten alle ehrlichen Meinungen kennen lernen und dann selbst entscheiden, was sie glauben und was sie tun wollen.

Zum Schluß noch eins. Ich mache gar kein Geheimnis daraus, daß ich die Abfassung des Geleitworts auch deshalb übernommen habe, weil ich nicht von vornherein das Zusammenarbeiten mit Leuten ablehnen wollte, die zwar in vielen und wesentlichen Ansichten sich von mir unterscheiden, die aber ehrlich etwas tun wollen für den Frieden, für die internationale Verständigung, für die Völkerverbrüderung, und die, obgleich sie niemals Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen sind, dennoch mehr echten Sozialismus im Herzen tragen, als so mancher der lautesten sozialdemokratischen Wortführer.

Berlin-Lichterfelde, 12. März 1917.

Hedwigstr. 1.

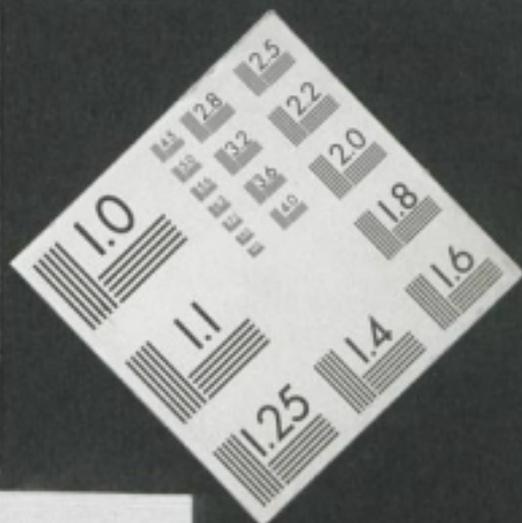
Julian Borchardt.

Ich und der U-Bootkrieg

Ein Wort der Abwehr

Von

Julian Borchardt



Staatsbibliothek
zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz